



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen

Sitzungsort:	Haus der Insel - Nordeingang - Konferenzraum 1-2		
Sitzungsdatum:	14.12.2010	Niederschrift gefertigt am: 17.01.11	
<input type="checkbox"/> nichtöffentliche Sitzung:	Beginn:	Ende:	
<input checked="" type="checkbox"/> öffentliche Sitzung:	Beginn: 18:00	Ende:	19:32

Anwesende Mitglieder:

Vorsitzender

RM Helga Meyer

Stimmberechtigtes Mitglied

RM Johannes Terfehr

RM Stefan Wehlage

RM Hayo F. Moroni

2. stv. BM Sascha Nüchter

RM Bernhard Onnen

BG Jann Ennen

Von der Verwaltung

AV Frank Ulrichs

StAR Talea Karow

StA Walter Uden

Schriftführer

Verw.- Angest. Leonhard Krieb

Entschuldigt fehlen:

Außerdem anwesend:

Prokurist SBN GmbH Ralf Temme

T a g e s o r d n u n g

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende RM Meyer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und städtische Beteiligungen vom 23.11.2010

Die Genehmigung der Niederschrift vom 23.11.2010 wird auf die nächste Ausschusssitzung vertagt.

3. Kalkulation des Kurbeitrages für 2011

AV Ulrichs erläutert anhand der Sitzungsvorlage die Kalkulation des Kurbeitrags für das Jahr 2011.

RM Moroni merkt an, dass es in der Kalkulation des Staatsbades an Transparenz fehle und weniger Informationen als im Vorjahr enthält.

StA Uden erwidert, dass dies zurückzuführen ist auf die neue Budgetstruktur des Staatsbades.

Herr Temme – Prokurist des Staatsbades – erläutert die Veränderungen zum kommenden Jahr und erklärt, dass die neue Budgetierung im Jahr 2011 eine Trennung der anrechenbaren und der gewerblichen Kosten vorsieht.

Nach kurzer Diskussion wird mit drei Gegenstimmen folgender Empfehlungsbeschluss an den Verwaltungsausschuss und Rat gefasst:

„Die Kurbeitragskalkulation 2011 wird unter Grundlage der vorgelegten Kalkulation mit den daraus resultierenden Kurbeitragsätzen

	<u>Hauptsaison</u>	<u>Nebensaison</u>
<u>Übernachtungsaufenthalt:</u>		
Erwachsene (ab 18 Jahre)	3,00 €	1,50 €
Jugendliche (14 bis einschließlich 17 Jahre)	1,50 €	0,70 €
<u>Tagesaufenthalt:</u>		
Erwachsene und Jugendliche (14 – 17 Jahre)	1,80 €	0,90 €

beschlossen. Die Kurbeitragsatzung vom 17.12.07 bleibt diesbezüglich unverändert.“

RM Wehlage merkt an, dass seine Fraktion aus den bekannten Gründen dem Kurbeitrag nicht zustimmt.

4. Haushaltsberatung 2011

StAR Karow stellt die Grundzüge der Doppik und den Haushalt für das Jahr 2011, den vorläufigen Ergebnishaushalt 2011 anhand einer Präsentation vor sowie die wesentlichen Produkte.

Die Präsentation zur Doppik von Herrn Robert Spindler ist den Ratsmitgliedern bereits mit der Einladung zugesandt worden.

RM Nüchter merkt an, dass es zu viele Produkte gebe und es daher unübersichtlich werde. Desweiteren schlägt er vor, dass die wesentlichen Produkte in den Fraktionen beraten werden sollen.

StAR Karow erklärt, dass der Produktplan zwar entwicklungsfähig sei, jedoch nur im Rahmen des Produktrahmenplans des Landes Niedersachsen. Mit 46 Produkten würden wir im üblichen Rahmen liegen. Zum Vergleich: der Kamerale Haushalt ist in 65 Abschnitte/ Unterabschnitte aufgeteilt.

In der nächsten Ausschusssitzung im Januar wird weiter über den Haushalt beraten.

5. Prüfung der Jahresrechnung 2009 der Stadt Norderney; Kenntnisnahme des Prüfungsberichtes; Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2009 und Entlastung des Bürgermeisters

RM Wehlage merkt an, dass das RPA erneut die Verluste des Flughafens Norderney bemängelte und sich für ihn die Frage stelle, wie es mit dem Flughafen weitergehen solle.

Desweiteren ist für ihn fraglich, weshalb bei der Abrechnung für den Kindergarten eine Auszahlung für Betriebsausgaben in Höhe von 6.000 € gätigt wurde, obwohl der Verwendungszweck unbekannt gewesen sei.

Außerdem fragt RM Wehlage an, aus welchem Grund die Kosten für den Ausbau der Gartenstraße in Höhe von 306.000,- € die Auftragssumme in Höhe von 184.000,- € so stark übersteigen würde.

AV Ulrichs stellt klar, dass einige Maßnahmen nicht Gegenstand der Ausschreibung gewesen und deshalb nachträglich vergeben worden seien. Hinzu kommen noch kleinere Arbeiten, die bei der Maßnahme angefallen seien. Daraus ergeben sich die erhöhten Baukosten. AV Ulrichs fügt hinzu, dass dadurch kein Schaden entstanden sei.

StAR Karow erklärt, dass bei zukünftigen Bauvorhaben genauer auf die Abläufe geachtet werden soll.

Es wird einstimmig folgender Empfehlungsbeschluss an den Verwaltungsausschuss und Rat gefasst:

„Vom Prüfungsbericht des Landkreises Aurich über die Prüfung der Jahresrechnung 2009 der Stadt Norderney wird Kenntnis genommen.

Dem Rat der Stadt wird empfohlen, über die Jahresrechnung zu beschließen und dem Bürgermeister gem. § 101 Abs. 1 NGO Entlastung zu erteilen.“

6. Mitteilungen der Verwaltung

Es liegen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

7. Anfragen und Anregungen

1. RM Moroni fragt bezüglich des Vergleichs, der mit Herrn Saathoff geschlossen wurde nach, warum sich die im Vergleich aufgeführten Punkte nicht in der Stellungnahme der Stadt wiederfinden würden.

AV Ulrichs stellt klar, dass eine Umverteilung eines Teils der Kosten für die Straßenreinigung von den Anliegern auf die Allgemeinheit stattgefunden habe und die restlichen Punkte überprüft werden sollten. Das habe die Stadt entsprechend erledigt.

2. RM B. Onnen möchte wissen, ob im Winter 2009/2010 bei Schneefall für nicht geräumte Wege Bußgelder erhoben und diese dann auch durchgesetzt worden seien. AV Ulrichs erklärt, dass eine Bußgelderhebung stattgefunden habe; es könnten aber regelmäßig nicht alle Verfahren bis zum Abschluss gebracht werden.
3. RM B. Onnen merkt an, dass es auf Norderney viele Fehllarme durch Brandmeldeanlage gebe, bei denen die Feuerwehr ausrückt, es jedoch keinen Brand gegeben habe. Er fragt an, ob die Kosten für diese Einsätze, ausgelöst durch Fehllarme, den Eigentümern in Rechnung gestellt werden können.

AV Ulrichs erwidert, dass durch technische Defekte von Brandmeldeanlagen verursachte Einsätze der Feuerwehr nicht berechnet werden können.

4. RM Terfehr merkt bezüglich des Winterdienstes an, dass der Fußweg über den Gorch-Fock-Weg Richtung Stadt stark frequentiert sei. Er führt aus, dass vor einigen Gebäuden der Weg weder geräumt noch gestreut gewesen sei.

AV Ulrichs erklärt, dass er dies an den Fachbereich II weitergeben wolle.

5. RM Moroni regt an, eine Hundegebühr für Gasthunde einzuführen.

StA Uden erläutert, dass in Niedersachsen keine gesicherte Rechtsgrundlage für eine solche Gebühr bestehen würde und dass rechtliche Ausführungen dazu nicht vorhanden seien.

6. RM Moroni fragt an, ob Zweitwohnungsinhaber verpflichtet werden können, den Jahreskurbeitrag zu zahlen.

StA Uden gibt zu bedenken, dass es schwierig sei, die Zweitwohnungsinhaber mit der Kurkarte in Verbindung zu bringen, da diese Daten anonymisiert würden. Er fügt hinzu, dass sich auch Kapitalanleger unter den Zweitwohnungsinhabern befänden, die gegen den Bescheid des Kurbeitrages rechtlich vorgehen würden.

8. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

1. Herr Eberhardt fragt, ob für die Bunkergrundstücke in der Siedlung Grundsteuer, Niederschlagswassergebühren und Straßenreinigungsgebühren erhoben werden würden.

AV Ulrichs erklärt, dass abrechenbare Gebühren auch abgerechnet werden.

Fraglich sei jedoch, ob in diesem Bereich das Niederschlagswasser abgeleitet werden kann oder versickern müsste.

2. Herr Jentsch fragt, wie es zu einem Pachtzins von 240€ pro Pachtfläche im Bereich östlich der Lippestraße kommen würde.

StA Uden erwidert, dass durch den Verwaltungsausschuss eine Richtlinie beschlossen worden sei, die für Pachtflächen einen Mindestpreis in Höhe von 240€ vorsehe.

Herr Jentsch merkt an, dass der Pachtzins für die Vereine eine hohe Belastung sei, und die Pacht für Grundstücke mit unterschiedlichen Größen gleich sei.

AV Ulrichs entgegnet, dass der Pachtzins über Jahrzehnte nicht angepasst worden sei und die Politik den Entschluss gefasst habe, die alten Pachtverträge zu vereinheitlichen und anzupassen. Um eine Ungleichbehandlung zu vermeiden, sei bei den Grundstücken trotz der Größenunterschiede der gleiche Pachtzins vereinbart worden, sonst hätten Pächter mit größeren Flächen mehr zahlen müssen.

3. Herr Saathoff fragt nach, weshalb der Kurbeitrag für Gäste die über Nacht bleiben pro Tag 3,- € und für Tagesgäste nur 1,80 € beträgt.

AV Ulrichs erläutert, dass der Kurbeitrag nur erhoben werden kann, wenn eine Gegenleistung erbracht würde. Es werden Einrichtungen zur Verfügung gestellt und Veranstaltungen, die im Sommer jedoch meistens abends stattfinden würden. Daher könne ein Tagesgast diese nicht nutzen und zahle dementsprechend weniger Kurbeitrag.

Die Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Meyer
(Vorsitzende)

Ulrichs
(Allgemeiner Vertreter)

Krieb
(Protokollführer)